

asta - aktuell

ZUR a.o. vds-MV

In dieser Woche findet von Donnerstag bis Sonntag die außerordentliche Mitgliederversammlung des Verband Deutscher Studentenschaften in Bonn statt. Der vds, in dem fast alle Asten der BRD zusammengeschlossen sind, geriet auf der letzten MV im März in die "Krise": "Linkssektierer lähmen den Verband". (Frankfurter Rundschau) Es hatte sich eine Mehrheit gegen die Politik des Spartakus gefunden, der bis dahin die Politik bestimmt hatte. Als mit diesen Mehrheitsverhältnissen ein Zentralrat - einem Parlament innerhalb des vds vergleichbar - gewählt werden sollte, zog es der Spartakus vor, mit dem Alleinvertretungsanspruch der Interessen der Studenten in der Tasche auszuziehen und die MV dadurch beschlußunfähig zu machen. Eine a.o. MV wurde notwendig.

Zur vds-Politik des Spartakus:

Der vds wird aufgefaßt als quasi gewerkschaftliche Organisation, "die die Interessen der Studenten vertritt". Man glaubt, ein "starker" vds könne eine selbständige Kraft im politischen Kampf sein. Da der Spartakus auf MV's und in der Provinz seine eigene Politik - in stiller Bescheidenheit - als die des vds verkauft, dem er sich untergeordnet habe, wird ^{jeder} Angriff gegen diese Politik zum Angriff auf "die Politik der westdeutschen Studentenschaften" und, da diese "die" Interessen der Studenten gradlinig vertreten, zum Angriff auf die Politik der westdeutschen Studenten überhaupt umgedeutet und dadurch als Liquidatorentum verteufelt. Konsequenterweise versucht er deshalb eine politische Auseinandersetzung mit politischen Gruppen oder lokalen Asten durch administrative Strafmaßnahmen zu ersetzen. Das ewige "Veräbnlichungs"-Getrommel wurde dadurch als kosmetisches Gesäusel decouvriert. Das gleiche Vorgehen gegenüber der CISNU wurde auf der letzten MV "nur als ein Beispiel" in einem Beschluß gerügt!

"Gewerkschaftliche Orientierung"

Der Spartakus hat seiner vds-Politik das Markenzeichen: "Gewerkschaftliche Orientierung" aufgedrückt. Die Vertretung der materiellen Interessen - Förderung, Studienbetrieb etc. - der Studenten steht im Zentrum der politischen Arbeit. Dies wird begründet mit der Feststellung, daß große Teile der Wissenschaftl. Intelligenz in ihrem Beruf die gleiche Stellung haben wie der klassische Arbeiter: Sie sind ausgeschlossen von der Verfügung über Produktionsmittel, haben keine Entscheidungsgewalt

über Art und Weise und die Ziele der Produktion. Eine Vertretung materieller Interessen ist deshalb gerichtet auf die Abschaffung bestehender Arbeitsteilung und Abhängigkeiten.

Die spezielle Situation der Studenten - nicht in der Produktion, Vorbereitungsstadium auf das "eigentliche Leben", Herkunft aus bürgerlichen Familien, Aufstiegsbewußtsein - soll dadurch korrigiert werden, daß man sagt, natürlich schlägt sich ein Teil der Studenten auf die Seite der Kapitaleigner, diesen Teil der Studenten ist eben kein Ziel unserer politischen Arbeit. Als ob nicht diese Polarisierung erst durch sozialistische Politik entwickelt und bestimmt würde. Metaphysische Vorherbestimmtheit nutzt nichts!

Diese Konzentrierung auf die "materiellen Interessen" wird unterstützt durch die Einschätzung von Wissenschaft als neutral gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen. Nur so lassen sich Forderungen erklären wie: "Mehr Ausbildung" - nicht etwa eine andere Ausbildung -; "Chancengleicher Zugang zu Hochschulen"; "umfassende wissenschaftliche Ausbildung"; Forderungen also, die - so formuliert - völlig systemimmanent sind. Dieses Mehr an chancengleicher umfassender Ausbildung soll begleitet werden von "dem Studium des wissenschaftlichen Sozialismus"

Bildung einer Sozialistischen Front (SF) - Chance für neue vds-Politik

Nachdem sich im SHB eine Sozialistische Fraktion (SF von der spartakustreuen "Mehrheitsfraktion" trennte, deutet sich die Möglichkeit einer neuen Aufgabenbestimmung des vds an: Ein Dachverband, der die Wirkung der politischen Aktivitäten auf lokaler Ebene vergrößert. In dem - selbstverständlich sehr heterogenen Antispartakusbündnis im vds - werden wir folgende Aufgabenbestimmung durchzusetzen versuchen:

Wir gehen dabei aus von der Einschätzung, daß der vds ein Zusammenschluß von zwangsmitgliedschaftlich organisierten Körperschaften des öffentlichen Rechts ist und nicht die einzelnen Studenten auf Grundlage eines politischen Programms Mitglieder geworden sind. Der vds kann keine eigene politische Kraft sein - nach Art eines "Kampfverbandes" - , die Stärke des vds beruht auf der politischen Arbeit der Asten.

Eine Vereinheitlichung der politischen Arbeit kann und darf deshalb nicht administrativ geschehen. Es können nur Bündnisse zu einzelnen Punkten bzw. für ganze Bereiche der politischen Arbeit innerhalb des vds geschlossen werden. In der Ausarbeitung und Durchführung solcher Bündnisse findet die politisch-strategische Auseinandersetzung statt. Diese Bündnisfrage ist besonders relevant für zentrale Aktionen, wie etwa zum HSRG, Ausländergesetzgebung etc. Da diese Aktionen, genauso wie Stellungnahmen des vds, im Zentralrat beschlossen werden, wollen wir versuchen, die Kompetenz des Zentralrats zu kräftigen und ihn so zusammensetzen, daß Aktionen und Stellungnahmen den Bündnischarakter

gewährleisten und die ausschließliche Dominanz einer politischen Richtung verhindern. Bündnisse müssen die Möglichkeit geben, daß die Aktivitäten der lokalen ASten, die jeweils ihre Politik machen, zusammenwirken und nicht mittels eines Oktroy verordnet werden, mit der Konsequenz, daß sich die ASten nicht daran halten; dadurch würde die Spaltung vertieft.

Konstituierung von Fachkonferenzen

Nachdem mit den einzelnen Hochschulgesetzen in den verschiedenen Ländern die Hochschulen in der Organisationsstruktur reformiert sind, steht jetzt die Studienreform auf der Tagesordnung.

Mit dem § 60 des HRG wird dazu eine wichtige Voraussetzung geschaffen. Die unkoordinierte und durch politische Interessensgegensätze von Profs und Studenten nur langsam fortschreitenden Ansätze einer Studienreform in den einzelnen Hochschulen sollen durch eine bundesweite zentrale Studienreformkommission vorangetrieben und vereinheitlicht werden. Eine Beteiligung von Vertretern aus Gewerkschaften und Verbänden mit beratender Stimme entzieht den Hochschulen endgültig die bisher noch scheinbar bestehende Unabhängigkeit der Hochschulen in Fragen der Lehre. Die Studienreformkommissionen sollen eine wichtige Funktion in der Konzipierung einnehmen.

Die Studien- und Prüfungsordnungen, die von ihnen erarbeitet werden, sollen die Hochschulen binden; der Kumi kann verlangen, daß die Hochschulen ihre Studien- und Prüfungsordnungen entsprechend ändern.

Da der vds Anlaufstelle für einzelne Organe (WRK, KMK, Ministerien, Verbände) ist, und ihm deren Informationen laufend zugestellt werden, hat er hier eine wichtige Funktion. Durch eine breitgestreute Informationsverteilung wird die Politik der einzelnen ASten unterstützt.

Die Bildung von Fachkonferenzen soll den Diskussionszusammenhang der einzelnen Aktivisten an den Hochschulen forcieren. Geplant sind vier Fachkonferenzen, von denen für uns vor allen "Lehrerausbildung" und "mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildung" interessant sind, die die Arbeit der BGr hier in Darmstadt in einen überregionalen Diskussionszusammenhang stellen.

Wir halten es für illusionär zu glauben, mit Massenaktionen entscheidendes am HRG ändern zu können. Die Erfahrungen, die wir hier in Darmstadt mit der HUG-Kampagne im Sommersemester 69 gemacht haben, bestätigen dies.

Für uns gilt es, den Rahmen, den uns das HRG läßt, entsprechen zu füllen, indem wir durch die Arbeit im Lehr- und Studiausschuß Voraussetzungen schaffen für ein sozialistisches Studium.

Wir sind dabei nicht so utopisch, daß wir annehmen, das soz. Studium institutionalisieren zu können. Wir halten es aber für möglich, indem wir die Forderung aller Parteien nach einem berufsfeldorientierten Studium aufgreifen und für unsere Zwecke ausnützen zu können.

Indem in von uns zu erarbeitenden Rahmenbedingungen die Anforderung an Studien- und Prüfungsordnungen gestellt wird, die Bestimmung von Lerninhalten und Lernzielen abzuleiten von den Anforderungen, die an den Studenten später im Beruf gestellt werden, diese jedoch nicht einfach zu übernehmen, sondern vor dem Hintergrund einer Analyse des Verhältnisses Wissenschaft - Ausbildung - Kapital zu untersuchen, haben die BGN die Möglichkeit, hier anzusetzen.

Die Diskussion über eine berufsfeldbezogene Ausbildung und damit über die Vorbereitung auf einen Beruf beinhaltet immer die Bearbeitung und Diskussion politischer Probleme.

Das Studium muß die Geschichte der Wissenschaften unter dem Gesichtspunkt, welche Interessen in ihrer Entwicklung zum Ausdruck kommen, mit untersuchen. Auf dem Hintergrund der historischen Entwicklung des Verhältnisses von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft müssen die Haupttendenzen der Wissenschaft heute, ihre Verwertung in Industrie und die Berufsperspektive der Ingenieure, Naturwissenschaftler und Lehrer kritisch untersucht werden.

In der Methodik der Wissenschaft steckt immer eine bestimmte Philosophie, die man unreflektiert übernimmt. Sie betrifft das Verhältnis von Theorie und Praxis, Probleme der Wissenschaftsteilung und damit Fragen der Wissenschaftstheorie, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Durch die Arbeit in den Fachkonferenzen wird die Arbeit hier in Darmstadt in den Diskussionszusammenhang mit anderen Hochschulen gestellt.

In Teilbereichen ist damit die Entwicklung von gemeinsamen Strategiefragmenten möglich.

Die BGN in Darmstadt kommen damit über ihren eigenen politischen Horizont hinaus.

Durch die Diskussion der bisher unabhängig voneinander gemachten Analysen der Berufssituation, des Verhältnisses von Wissenschaft - Ausbildung - Kapital, der Maßnahmen des Bundes und der Länder zur Intensivierung der Ausbildung u. a. ist es möglich, diese Analysen voranzutreiben und damit die Politik der BGN weitzuentwickeln.

Schließlich sollen in den Fachkonferenzen und im Zentralrat evtl. Gegenmaßnahmen zu Beschlüssen der Regierungen und Aktionen besprochen werden. Diese Aktionen haben den Vorteil, daß sie nicht vom Vorstand beschlossen und den einzelnen ASten verordnet werden, sondern daß sie von ihnen selbst entwickelt und damit getragen werden können.

Nachdem in einer Parlamentssitzung des letzten Semesters die vds-Frage, mit einiger Holprigkeit begründet, auf die Tagesordnung kam, hat der AStA sich weiter mit dieser Frage beschäftigt. Da der Geldmangel des vds, wie auch die Angriffe, denen er von Rechts, z. B. durch Prozesses des RCDS, ausgesetzt ist, so auf besagter Parlamentssitzung als Beitrittsgründe

vorgebracht, ^{kaum} für einen Beitritt ausreichen, werden Kontakte mit anderen ASten, anderen politischen Gruppen aufgenommen, um eine Einschätzung des Verbandes zu gewinnen. Der AStA war dazu auch durch Beobachter auf der 24. o. MV vertreten.

Sodann wurde zum frühesten Termin nach Beginn des Sommersemesters eine Parlamentssitzung zu diesem Thema einberufen, die aber nicht beschlußfähig wurde. Die Wahlvorbereitungen zum Studentenparlament verhinderten auch bisher eine neue Behandlung des Themas.

So hat der AStA selbständig beschlossen, dem vds beizutreten.

Zur heute beginnenden MV wird der AStA nach deren Beendigung Bericht erstatten. Auf einem Parlaments-Teach-In wird der vds-Beitritt dann diskutiert werden können.